

VR-07 (V-103)-203 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 202 bis 205:

Gerichtshof führen würden, werden nicht angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen Die Untätigkeit der EU-Kommissionspräsidentin ist mittlerweile ein Risiko für die europäische Union geworden. Wir fordern die Unions-Kommissionspräsidentin auf, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn die Registrierung an den Außengrenzen flächdeckend durchlässig ist. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung ihre Möglichkeit nutzen, selbst auf die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten zu klagen und damit Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Es kann nicht länger sein, dass es von netten

Begründung

Das System der Registrierung an den Außengrenzen ist auch heute schon geltende Rechtslage- die aber von vielen Mitgliedstaaten ignoriert wird. Auch unter der neuen GEAS-Reform wird diese Rechtslage bestehen. Gegen diese Irngoranz von europäischem Recht muss die Kommissionspräsidentin vorgehen. Es liegt in ihrer Verantwortung.

weitere Antragsteller*innen

Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Viviane Triems (KV Potsdam); Robert Langer (KV Hildesheim); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Cim Kartal (KV Bielefeld); Michael Lühmann (KV Göttingen); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Nicole Henkel (KV Wittmund); Christine Jochem (KV Hannover); Christian Peter Wüstenberg (KV Heidekreis); Hermann Gansel (KV Leer/Ostfriesland); Julian Meinders (KV Leer/Ostfriesland); sowie 45 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.